

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindefremden-Girokonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihgeschlossene Postzeitung 50 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Seite 200 Pfg. — Einzelblatt nach Belieben 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 111

Sonnabend den 14. Mai 1921

87. Jahrgang

Das im Grundbuche für Schlottwitz Blatt 6 auf den Namen des Landwirts Gerhard Martin Kaiser in Dönschitz eingetragene Grundstück soll

am 1. Juli 1921 vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden. Das Grundstück Nr. 9b, 74 bis 79, 79b, 80, 81, 82, 82b, 83, 84, 88, 88a, 89a des Grundbuchs, nach diesem 24 Hektar 84,7 Ar groß und auf 73 092 M. 50 Pf. einschl. 1592 M. 50 Pf. Wert des Zubehörs geschätzt, besteht aus Wohnhaus, Scheunengebäude mit Geräteschuppen und Seitengebäude, Hofraum, Garten, Kleinfriedhof und Birkenniederwald, Feld und Wiese. Die Gebäude sind zur Brandklasse mit 81 600 M. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Rechte auf Ver-

steigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 24. März 1921 verlaubarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden würden. Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Dippoldiswalde, den 11. Mai 1921.

3a 1./21. Nr. 2.

Das Amtsgericht.

Die sächsische Landwirtschaft und das Umlageverfahren für Brotgetreide.

Der Reichsrat hat bekanntlich die Einführung der vollständig freien Wirtschaft für Brotgetreide abgelehnt und sich für Beibehaltung der Zwangswirtschaft ausgesprochen; nur hinsichtlich der Erfassung soll in Zukunft eine wesentliche Änderung eintreten, indem anstelle der allgemeinen Beschlagnahme das Umlageverfahren tritt. Der sächsische Landeskulturrat steht nun auf dem Standpunkt, daß das Umlageverfahren für die Landwirtschaft einen gewissen Fortschritt bedeutet, daß aber die Art der Durchführung ausschlaggebend ist. Der vom Reichsernährungsministerium aufgestellte Entwurf aber enthalte Bestimmungen, die zu den größten Bedenken Anlaß geben. Der Landeskulturrat hat sich infolgedessen auch veranlaßt gesehen, an den zuständigen Stellen namentlich gegen die vorgesehene Verteilung auf die Länder die schwersten Bedenken zur Geltung zu bringen. Zur Begründung wird vom Landeskulturrat folgendes ins Feld geführt:

Im Durchschnitt des Reichs entfallen auf 100 Hektar Anbaufläche 119 Selbstversorger, in Pommern, also einer Provinz mit viel Großgrundbesitz, nur 80, in Bayern hingegen 123,4 und in Württemberg sogar 208,4 Selbstversorger. Sachsen hat ähnliche Besitzverhältnisse wie Süddeutschland. Die Zahl der Selbstversorger müßte demnach ungefähr die gleiche Verhältniszahl wie Bayern ergeben. In Wirklichkeit aber entfallen in Sachsen auf 100 Hektar Anbaufläche nur 74,1 Selbstversorger, es sind also weniger vorhanden als in Pommern.

Auf dieser Grundlage aufgebaut führt die Verteilung der Umlage geradezu zu absurden Ergebnissen. Wird Arbeitskraft- und Saatgutbedarf berücksichtigt und für die Selbstversorger eine Menge von 200 Kilogramm in Anschlag gebracht, so hätte zu liefern Sachsen 249 754 Tonnen, dagegen Bayern, dessen Anbaufläche viermal so groß ist, 233 771 Tonnen und Württemberg, das eine Anbaufläche hat, die der sächsischen ziemlich nahe kommt, nur 16 948 Tonnen, also den 15. Teil. Es handelt sich bei den vorliegenden Zahlenangaben zwar um den ungünstigsten Fall, immerhin ist auch bei anderen Sätzen die Verteilung für Sachsen so ungerecht, daß der in Vorschlag gebrachte Maßstab mit der größten Entschiedenheit abgelehnt werden muß.

Mit dem Umlageverfahren überhaupt kann sich die Landwirtschaft nur abfinden, wenn die Reichsregierung den Gedanken aufgibt, größere Mengen erfassen zu wollen, als während der Zwangswirtschaft. Nach dem Entwurf sollen jedoch 3,5 Millionen Tonnen aufgebracht werden, also die doppelte Menge, wie im Vorjahre öffentlich bewirtschaftet wurde. Das bringt keine Erleichterung, sondern neue Erschwernisse. Die sächsische Landwirtschaft hat ihre Pflicht in hohem Maße erfüllt, sie steht hinsichtlich der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse an der Spitze. Das kann und darf aber nicht Veranlassung sein, sie nun besonders stark heranzuziehen. Eine gerechte Verteilung läßt sich nur erzielen, wenn die Anbaufläche in Verbindung mit den Ernteerträgen zugrunde gelegt werden und eine gewisse Abkufung nach Größenklassen eintritt.

Die Stellung der sächsischen Reichstagsabgeordneten zum Ultimatum.

Bei der namentlichen Abstimmung in der Reichstags-Sitzung vom Dienstag über den Antrag Müller-Frankenburg und Genossen, betr. Annahme des Ultimatus der Entente, stimmten die sächsischen Reichstagsabgeordneten wie folgt:

Dr. Barth—Chemnitz (Dnat.) Rein.
Wiener—Chemnitz (Dnat.) Rein.
Brodau (Dem.) Rein.
Buchardt (USP.) Ja.
Bräuninghaus (Dnat.) Rein.
Buck (Soz.) nicht anwesend.
Burlage (Ztr.) Ja.

Domsch—Dresden (Dnat.) nicht anwesend.

Dr. Evertling (D. Vp.) Rein.

Findelsen (D. Vp.) Rein.

Fleißner (USP.) nicht anwesend.

Geyer—Leipzig (USP.) Rein.

Dr. Geyer—Sachsen (USP.) nicht anwesend.

Dr. Göß (Dem.) Ja.

Dr. Gradnauer (Soz.) Ja.

Dr. Heinze (D. Vp.) Ja.

Dr. Hoehsch (Dnat.) Rein.

Jäckel (USP.) nicht anwesend.

Kahmann (Soz.) Ja.

Kräbig (Soz.) Ja.

Kuhn (USP.) Ja.

Dr. Kälz (Dem.) Rein.

Dr. Freiherr von Lersner (D. Vp.) Rein.

Lipinski (USP.) nicht anwesend.

Meyer—Zwickau (Soz.) Ja.

Molkenbühr (Soz.) Ja.

Dr. Philipp (Dnat.) Rein.

Pinkau (Soz.) Ja.

Puchta (Soz.) Ja.

Dr. Reichert (Dnat.) nicht anwesend.

Rißtau (USP.) Ja.

Rosell (USP.) Ja.

Schilling (Soz.) Ja.

Schirmer—Dresden (USP.) nicht anwesend.

Schmidt—Sachsen (Soz.) Ja.

Seiger (USP.) nicht anwesend.

Dr.-Ing. Sorge (D. Vp.) Rein.

Stücklen (Soz.) nicht anwesend.

Tuch (D. Vp.) Rein.

Frau Jeklin (KPD.) Rein.

Derliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Die Dippoldiswalder Eucharistiefeier am 23. Mai vormittags 11 Uhr in der „Reichstrone“ hier statt; Herr Amtsgemeinderat Kluge in Frauenstein wird einen Vortrag über „die neue Kirchengemeindeordnung“ halten, dem eine Aussprache folgen soll.

— Die Sammlung für die „Millionsnothilfe für die Liebeswerke der Inneren Mission Sachsens“ hat in der Kirchengemeinde Dippoldiswalde den sehr erfreulichen Ertrag von 3382,15 M. ergeben. Davon entfallen auf die Stadt Dippoldiswalde 2153,15 M., auf Berentz 126, Glend 27,50, Oberhälslich 128, Reinberg 250, Reinholdshain 325,50 (einschl. 66 M. vom Frauenverein), Überndorf 312, Ueberbüsch vom Kartenvorverkauf am Palmsonntag-Familienabend 60 M.

— An beiden Feiertagen des bevorstehenden Pfingstfestes soll wieder für den Allgemeinen Kirchenfonds in allen Kirchen des Landes gesammelt werden. Die gegenwärtige Lage der ev.-luth. Landeskirche bringt es mit sich, daß gerade diese Sammlung an Bedeutung ganz ungemein gewonnen hat. Noch immer wird der Landeskirche die ergebliche Steuererhebung vorenthalten, welche ihr durch die Reichsreform gewährt ist.

— Wie uns die Theaterdirektion Steiner telefonisch mitteilt, wird am 1. Feiertag nicht die „Heimat“ aufgeführt werden, da dieses Stück schon zu oft hier gespielt worden ist, sondern Georges Ohnes's „Häutenbesitzer“. Ein Brief mit einer diesbezüglichen Mitteilung sei leider in falsche Hände geraten und weder weitergegeben noch Rückfrage veranlaßt worden. Nur so war es möglich, daß wir bisher ohne Kenntnis von dieser Änderung blieben. Wir erweisen der Direktion Steiner gern den Gefallen, auf diese Programm-Änderung ganz besonders hinzuweisen.

— Die Meisterprüfung nach § 133 der Gewerbeordnung haben im Bezirke der Gewerbelammer Dresden in letzter Zeit bestanden vor der Prüfungskommission für Fleischer: Reinhard Reinhold in Glashütte und Oswald Wolf in Schmiedeberg.

— Die Trauung der Prinzessin Maria Alix, der zweiten Tochter des ehemaligen Königs, mit dem Prinzen Franz

Joseph von Hohenzollern, soll am Geburtstage des Königs, am 25. Mai, in Sibyllenort stattfinden.

Raxen. Für die vom 4.—6. Juni hier stattfindende 25-jährige Jubelfeier und Fahnenweihe des hiesigen Turnvereins (D. T.), verbunden mit Wettturnen, ist folgende Festordnung entgültig aufgestellt. Sonnabend den 4. Juni von 5—6 Uhr nachm. ab Empfang der Wettturner, Kampfrichter und Gäste. 7 Uhr Kampfrichterfestung. 8 Uhr Zapfenstreich. 9 Uhr Kommerz im Gasthof zum Erbgericht. Sonntag den 5. Juni früh 5 Uhr Bedruf. 6 Uhr Bezirkswettturnen. Zweikampf. Gäste können teilnehmen. 9 Uhr Strömgang. Ehrung der verstorbenen und gefallenen Vereinsmitglieder. 10—12 Uhr Empfang der Vereine. 12—1 Uhr Blasmusik und Mittagspause. 1/2 2 Uhr Stellen zum Festzug. 2 Uhr Festzug. 3 Uhr Weihe der Fahne auf dem Festplatz. 4 Uhr Kreisfreiwaltungen, Sondervorführungen, Bezirksjugendwettturnen, Dreikampf, Geräteturnen und Spiele. 1/2 7 Uhr Siegerverhandlung. 7 Uhr Einzug. Festball im Gasthof zum Erbgericht. Montag den 6. Juni 10—12 Uhr Frühkochen und Fahnenanmeldung auf dem Finkenfang. 1/2 2 Uhr Stellen zum Festzug. 2 Uhr Festzug nach dem Festplatz, dabei selbst Turnen und Spiele. 6 Uhr Einzug. 7 Uhr großer Festball.

Pirna. Die noch gut erhaltene Kirche des alten Pirnaer Dominikanerklosters, die seit langen Jahrzehnten als Jollniederlage Verwendung findet, soll nun aus dieser unwürdigen Lage befreit werden. Es sind Verhandlungen eingeleitet, um das Eigentumsrecht an der Kirche an die Stadt übergeben zu lassen.

Sad Gottleuba. Nachdem nunmehr der letzte der Kriegsgefangenen von hier heimgekehrt ist, soll zu Ehren derselben ein öffentlicher Begräbnisabend veranstaltet werden.

Meißen. In Meißen ist der Stadtrat mit zwei Dritteln Sozialdemokraten und das Stadtverordnetenkollegium mit 18 bürgerlichen und 18 linksstehenden Vertretern besetzt. Da der Vorsteher ein Sozialdemokrat ist, hat die Linke die Mehrheit mit dem Erfolge, daß fast alle von rechts kommenden Anträge verworfen und alle von links kommenden angenommen werden. Interessant war die letzte Sitzung, in der der Haushaltsplan von der sozialdemokratischen Mehrheit mit einem Fehlbetrag von 5 424 000 M. genehmigt wurde — bis auf 50 M.! Alle Anstürme der bürgerlichen Fraktionen und alle Mahnungen zur Sparsamkeit, alle Witten, unnötige oder aufschiebende Beträge von z. B. 100 000 M., 92- bez. 75 000 M. usw. abzubrechen, scheiterten an den parteipolitischen Grundfragen der Linken. Doch halt! 50 M. wurden gerechelt! Eine Turnlehrerin bezog bisher für ein in die Turnhalle einer Schule geliehenes Klavier jährlich 100 M. Leihmiete. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter und ein Stadtrat haben sich das Verdienst erworben, „im Interesse der Stadt 50 M. herunterzubandeln“. Ein späterer Antrag von der rechten Seite, diese 50 M., um dem Gespött der Öffentlichkeit zu entgehen, wieder daranzulegen, wurde durch die Geschäftsordnung verhindert.

Freiberg. Der am 21. Februar vom Schwurgericht Freiberg wegen Mordes in Tateinheit mit versuchten schweren Raube zum Tode verurteilte Schlosser Kurt Erich Wehler aus Dresden wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Wehler hatte seinerzeit auf Wendischcarsdorfer Flur seinen Begleiter mit einem Beile niedergeschlagen. Von dem Erbs des Raubes wollte er seiner Braut eine Rückeneinrichtung kaufen.

Siebenlehn. Nach einer Mitteilung in der letzten Stadtverordnetenversammlung werden aus staatlichen Zuschüssen für 6 durch die hiesige Heimstätten-Gesellschaft neu zu erbauende Kleinwohnungen je 70 000 M. Zuschuß bewilligt. Da die Heimstätten-Gesellschaft die Wohnungen für 82 000 bis 85 000 M. herzustellen hofft, würden für jede 12 000 bis 15 000 M. zu verzinsen sein.

Elfeld. Auch die hiesigen Erwerbslosen haben beim Gemeinderat um Gewährung von Mietzuschüssen und Arbeitsbeschaffung nachgesucht. Die Gemeinde ist jedoch